

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger so massiv eingegriffen worden wie in den drei Corona-Jahren. Noch nie wurden die Grundrechte so sehr geschmälert, verkleinert, ausgesetzt und eliminiert wie in dieser Zeit. Der Ausnahmezustand war da, ohne dass er ausdrücklich ausgerufen worden war; aber er wurde vom Staat penibel überwacht und exekutiert. Bei der Rückabwicklung und der Aufarbeitung dieses Ausnahmezustands fehlt diese Penibilität. Einschlägige Paragrafen und Gesetze sind immer noch coronageprägt.

Im Infektionsschutzgesetz „sieht es aus wie nach einer Party, von der die Gäste abgehauen sind, ohne aufzuräumen“. So beschreibt das Thorsten Kingreen, Professor für Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg. Es herrscht so etwas wie postcoronale Tristesse, es herrscht eine latente Unlust, sich mit Corona und mit den Entscheidungen dieser Zeit zu beschäftigen. Es sei halt „eine schwierige Zeit“ gewesen, heißt es.

Die größten Meister des Wegschiebens sind diejenigen Politikerinnen und Politiker, die in der Corona-Zeit die schärfsten Maßnahmen propagiert und angeordnet haben. Deswegen ist aus den Überlegungen nichts geworden, Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen einzurichten; das wäre aber wichtig, um die Fehler nicht zu wiederholen, um also für die nächste Krise zu lernen. Zum Beispiel dies: Auch die Not kennt ein Gebot, nämlich das der Verhältnismäßigkeit. Viele Politiker von CDU/CSU, SPD und Grünen tun so, als müsse jetzt Gras wachsen über die Corona-Zeit.

Die Feiern zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes haben es daher tunlichst vermeiden, über die Ausgangssperren, die Abstandsgebote, die Kontaktbeschränkungen und die Maskenpflichten zu reden, über die Schul- und Kindergartenschließungen, über all die Gottesdienst-, Demonstrations- und Versammlungsverbote, über die Betriebsuntersagungen und die Isolierung der Alten in den Altersheimen. Es hätte dies wohl die Feiern gerührt, weil man sich dann hätte eingestehen müssen, dass der Rechtsstaat in den Krisen Jahren nicht funktioniert hat. Es geht auch die Furcht um, dass mit der Arbeit von Untersuchungskommissionen der Zorn, die Wut und die Giftigkeiten der Corona-Jahre neu entfacht werden und dies die Mühlen von AfD und BSW antreiben könnte. Das ist falsch. Diese Mühlen werden angetrieben nicht von Aufarbeitung, sondern von der Nichtaufarbeitung.

Als in den vergangenen Wochen die sogenannten RKI-Protokolle, also die Protokolle des Robert-Koch-Instituts zur Corona-Pandemie erst geschwärzt, dann unge-

Nach der Party

In Deutschland herrscht postcoronale Tristesse: Die versprochene Aufarbeitung findet nicht statt. Es geht darum, verlorene Sicherheit im Recht wiederzugewinnen.

Von Heribert Prantl

schwärzt publik geworden sind, war in den sozialen Medien von aufgedeckten Lügen und Skandalen die Rede. Es gibt gewiss delikate Stellen in diesen Zusammenfassungen der RKI-Expertenrunden. Vor allem offenbart sich auf mehreren Tausend Seiten, was man eigentlich weiß: Es handelt sich bei diesem Institut um eine Behörde, die der Aufsicht des Bundesministeriums für Gesundheit untersteht und deren Erkenntnisse politisch entweder umgangen oder aber passend gemacht und eingebettet werden können.

Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass das RKI dem Gesundheitsminister nicht ins Wort gefallen ist, als der von einer „Pandemie der Ungeimpften“ geredet hat, um so eine Impfpflicht durchzusetzen (die dann glücklicherweise doch nicht gekommen ist). Aber so hat es der Minister erreicht, dass Ungeimpfte damals für Monate fast vollständig aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wurden. Vorbei und vergessen? Das ist ein schlechter Rat. Es geht bei der Aufarbeitung der Corona-Jahre auch darum, eine Kommunikation zu lernen, die die Gesellschaft in einer Krise nicht spaltet und vergiftet.

Vorbei und vergessen?
Das ist ein schlechter Rat

Die Auseinandersetzung mit der Corona-Zeit, um die die Staatsgewalten einen weiten Bogen schlagen, leistet die Wissenschaft, zumal die Rechtswissenschaft. Soeben ist im Verlag Nomos eine Pionierarbeit der Juristin Patricia Altenburger erschienen. Sie heißt: „Dispensierter Rechtsstaat?“ Die Autorin setzt zwar ein Fragezeichen hinter ihren Titel, aber dieses Fragezeichen verwandelt sich bei der Lektüre in ein Ausrufezeichen. Altenburger konzentriert sich auf Bayern, auf die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte, des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts. Sie legt eindrucksvoll dar, wie sich sowohl der Verfassungsgerichtshof in München als auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

he aus der Corona-Krise herausgehalten, wie diese Gerichte sich den Rechtsschutzwartungen der Bürger entzogen haben. Und sie analysiert die Techniken, mittels derer es der Bayerische Verwaltungsgerichtshof vermied, die angegriffenen Maßnahmen aufzuheben, sie schildert, wie der Ball zwischen Gericht und Staatsregierung hin- und hergespielt wurde. Einzig den normalen Verwaltungsgerichten attestiert die Juristin, „krisenresilient“ geblieben zu sein. Deshalb wohl wurden die Verwaltungsgerichte dann auch mit dem Bundesnotbremsen-Gesetz ausgebrems.

Es handelt sich um eine glänzende Doktorarbeit, die von der Universität Regensburg mit „summa cum laude“ bewertet wurde. Alex Graser, Professor für Öffentliches Recht und Politik, der die Dissertation betreut hat, schreibt in seinem Gutachten: „Einerseits wird hier schonungslos dekouviert, andererseits nicht vorschnell verurteilt.“ Es finde hier „das tiefempfundene rechtsstaatsorientierte Unbehagen ebenso Ausdruck wie die Einsicht in infektionspolitische Pragmatismen“.

Als Pragmatismus kann man es freilich weder abhaken noch entschuldigen, wie die höchsten Gerichte in Bayern und im Bund mit oberflächlichen Grundrechtsprüfungen und pauschalen Gefahrenbeurteilungen sich ihren Aufgaben verweigerten. Die Wissenschaftlerin wirft dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor, „unsichtbar“ geblieben und sich nicht am Recht, sondern an der Staatsräson orientiert zu haben. Und auch das Karlsruher Bundesverfassungsgericht habe sich nicht hütend vor die Verfassung gestellt. Anders formuliert: Es hat versagt. Das sind klare Worte. Solche Klarheit wünscht man der Aufarbeitung der Corona-Krise insgesamt. Es muss gelingen, die Sicherheit im Recht wiederzugewinnen.



Heribert Prantl ist Autor und Kolumnist der Süddeutschen Zeitung.



ZEICHNUNG: HAUCK & BAUER

Am 23. August 1784 verfügte Kaiser Joseph II. in Österreich die Schließung aller innerörtlichen Friedhöfe aus Hygienegründen.

POLITIK

Liebesgrüße aus Moldau

Seit Tagen gibt es Zweifel daran, dass Deutschland weiter fest an der Seite der Ukraine steht. Jetzt wehren sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner.

Von Daniel Brössler und Claus Hulverscheidt

Berlin – Maia Sandu und Olaf Scholz sind sich in jüngster Zeit öfter begegnet, man kennt sich. Im Mai war die Präsidentin der Republik Moldau beim Bundeskanzler in Berlin. Im Juli traf man sich bei einem Gipfel in Großbritannien. Als Scholz am Mittwoch Sandu in Chişinău besucht, weiß sie folglich, wie sie ihrem Gast eine Freude machen kann. „In diesen schwierigen Zeiten schätzen wir die große Unterstützung Deutschlands für die Ukraine. Indem Sie die Ukraine unterstützen, unterstützen Sie auch Moldau“, sagt die Präsidentin des kleinen, zwischen der Ukraine und Rumänien gelegenen Landes gleich zu Beginn einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Es sind ziemlich genau die Worte, die Scholz hören möchte nach Tagen, in denen Zweifel laut geworden waren daran, wie groß diese Unterstützung wirklich noch ist. „Deutschland wird in der Unterstützung der Ukraine nicht nachlassen. Wir werden die Ukraine so lange unterstützen, wie das notwendig ist, und wir werden der größte nationale Unterstützer der Ukraine in Europa sein. Nur die USA leisten als große Weltmacht mehr“, versichert Scholz in Chişinău. Alle könnten sich darauf verlassen, „in der Ukraine, aber auch diejenigen, die mit dem ukrainischen Volk, das um seine Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie kämpft, zu Recht auf der Seite der Ukraine mitfeiern“.

Auslöser des Unmuts war ein Brief von Christian Lindner

Da dürfen sich die Menschen in Moldau angesprochen fühlen, die sich vom aggressiven Russland bedroht sehen, aber mehr wohl noch die vielen Kritiker in Deutschland, die ihn zuletzt verdächtigt hatten, die Ukraine im Stich zu lassen.

Auslöser der Debatte war ein Brief von Finanzminister Christian Lindner (FDP) an Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vom 5. August. Darin betont Lindner, dass dieses Jahr neue Maßnahmen mit Zahlungsverpflichtungen für die Ukraine nur noch ergriffen werden dürfen, wenn „eine Finanzierung gesichert ist“ und die Obergrenzen eingehalten würden. Die Obergrenzen ergeben sich aus dem Haushalt für 2024, der für die militärische Hilfe an die Ukraine 7,1 Milliarden Euro



Kanzler Olaf Scholz (re.) und Finanzminister Christian Lindner am Rande einer Bundestagsdebatte im März.

FOTO: MARKUS SCHREIBER/AP

ro vorsieht. Ein Betrag sei das, „der zusammen größer ist als das, was mehrere andere große Länder in Europa überhaupt leisten“, sagt Scholz in Moldau. Der Kanzler ist sichtlich empört darüber, dass die Höhe dieser Summe nicht gewürdigt wird.

Auch Lindner sieht sich zu Unrecht in die Rolle des Buhmanns gedrängt, denn der Finanzminister hat die Bemühungen der Bundesregierung um eine militärische Stärkung der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland tatsächlich bisher immer mitgetragen. Als etwa im Mai bekannt wurde, dass Pistorius weitere 3,8 Milliarden Euro für Waffen- und Munitionskäufe für nötig halte, fielen die ersten Reaktionen in Lindners Haus nicht ablehnend aus.

Allerdings machten ranghohe Beamte des Finanzressorts den Kollegen im Verteidigungsministerium klar, dass der Bundestag eine sogenannte überplanmäßige Ausgabe überhaupt nur bewilligen dürfe, wenn zwei Bedingungen erfüllt seien: Ers-

tens müsse die Regierung nachweisen, dass die zusätzlich gewünschte Summe an anderer Stelle eingespart oder aber durch Mehreinnahmen ausgeglichen werde. Und zweitens müssten alle zuvor bewilligten Mittel vollständig aufgebraucht sein.

Genau diesen Beweis hat das Wehrressort aus Sicht des Finanzministeriums aber bisher nicht erbringen können. Im Gegenteil: Während Pistorius bereits im Frühjahr davon ausging, dass die bisher für 2024 vorgesehenen 7,1 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine schon bis auf 100 Millionen Euro verplant sind, kamen Lindners Fachleute auf einen Restbetrag von 1,9 Milliarden. Seither hat das Verteidigungsministerium dem Vernehmen nach keine aktualisierte Liste vorgelegt, aus der eindeutig hervorginge, welche Mittel bereits gebunden sind und wofür zusätzliches Geld genau gebraucht wird – auch während der jüngsten Beratungen über einen Nachtragshaushalt für 2024 nicht.

Im Wehrressort selbst hingegen hieß es diese Woche, es gebe sehr wohl eine solche Übersicht. Nicht offiziell vorgelegt hat Pistorius sie offenbar im Wissen, dass der Kanzler von Mehrbedarfen derzeit nichts hören will. Das gehört zur Vorgeschichte des Lindner-Schreibens vom 5. August, über das zuerst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet hatte. Warum der Minister allerdings einen solchen – schließlich öffentlich gewordenen – Brief

Ende 2024 soll Kiew 50 Milliarden Dollar als Kredit erhalten

schreiben musste, statt einfach anzurufen, fragt man sich bei den Koalitionspartnern. Der Ton jedenfalls ist nach bester Ampel-Art schroff: „Bitte stellen Sie sicher, dass die Obergrenzen eingehalten werden.“ Nach Angaben aus dem Umfeld des Finanzministers bedeuten seine Sätze aber nicht, dass nie wieder überplanmäßige Hilfen möglich seien – gar unabhängig vom Kriegsverlauf in der Ukraine. Lindner habe lediglich die Rechtslage geschildert, über alles andere könne man reden.

Scholz verweist derweil darauf, dass die Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (G 7) „hart gearbeitet“ habe, um der Ukraine einen Kredit in Höhe von 50 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Ziel ist, dass Kiew Waffen, Ersatzteile und Munition selbst bei der Industrie bestellen kann, statt bei den Verbündeten im Westen um Lieferungen zu bitten. Getriggert werden soll das Darlehen aus Zinsserlösen, die vom Westen eingefrorene Auslandsreserven der russischen Zentralbank abwerfen.

Zweifel, ob das komplizierte Konstrukt bis zum Jahresende zustande kommt, hält der Kanzler für unbegründet. „Das ist technisch anspruchsvoll, aber politisch geklärt, und die Klärung der technischen Fragen findet gerade statt“, versichert er. Mit den 50 Milliarden und zusammen mit den national für 2025 zur Verfügung gestellten Mitteln – im Falle Deutschlands vier Milliarden Euro – werde „das eher mehr sein als das, was bisher für die Ukraine an Unterstützung zur Verfügung stand“.

Auch 2024 ist das Problem womöglich gar nicht so groß. Da das Jahr bereits zu fast zwei Dritteln vorüber ist, geht man im Finanzministerium davon aus, dass jetzt bestelltes militärisches Gerät allenfalls noch angezahlt werden müsste. Bis die eigentliche Rechnung komme, stehe dann hoffentlich der G-7-Kredit bereit.

Markus Söder gegen Hendrik Wüst

Die Grünen wären offen für ein Bündnis mit CDU und CSU. Nur herrschen dort sehr unterschiedliche Meinungen.

Berlin – Die Avancen der Grünen an die Union sind bei CDU und CSU am Donnerstag unterschiedlich aufgenommen worden. Während sich Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, er ist auch CSU-Chef, scharf von den Grünen distanzierte, lobte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Grünen in seinem Bundesland.

Katharina Dröge, die Co-Fraktionschefin der Grünen, hatte zuvor den schlechten Zustand der Ampelkoalition kritisiert und der Süddeutschen Zeitung gesagt: „Für uns ist klar: So geht es in einer künftigen Regierung nicht weiter.“ Die Grünen würden deshalb „sehr genau prüfen, welche Koalition wir nach der nächsten Bundestagswahl eingehen“. Es seien dann auch Koalitionen mit der Union denkbar.

„Das Anbieten der Grünen an die Union ist schlichtweg peinlich“, erklärte CSU-Chef Markus Söder nun. Die Ampelkoalition gehöre „dringend abgelöst – und die Grünen sind der ideologische Kern dieser Regierung“. Deshalb dürfe „es keine Fortsetzung für die Grünen in Regierungsverantwortung geben“. Für die CSU sei „völlig klar: kein Schwarz-Grün nach der nächsten Wahl“. Robert Habeck sei der schlechteste Wirtschaftsminister „in der Geschichte unseres Landes, man denke nur an das Abschalten der Kernkraft und das unselige Heizgesetz“, schrieb Söder auf der Plattform X. Außenministerin Annalena Baerbock (ebenfalls Grüne) blockiere alle nötigen Lösungen „bei der zentralen Aufgabe unserer Zeit, der Migration“.

Für Söder sind die Grünen der Gegner, Wüst regiert mit ihnen zusammen

Hendrik Wüst sagte der Süddeutschen Zeitung dagegen: „Bei uns in Nordrhein-Westfalen und andernorts zeigt sich, wie vertrauensvoll und politisch erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen funktionieren kann.“ Die Union sei „gut beraten, auf allen politischen Ebenen mit den demokratischen Parteien der Mitte gesprächs- und koalitionsfähig zu sein“. Das sei eine „demokratische Pflicht und muss das strategische Ziel einer staatstragenden Volkspartei sein“. Denn die Union habe „auch eine Verantwortung für die Stabilität der politischen Mitte in Deutschland und für eine an der konkreten Lösung von Problemen orientierten Politik“. Was



Die Ministerpräsidenten Markus Söder (li.) und Hendrik Wüst.

FOTO: DPA

mit wem gehe, müsse „nach den Wahlen sondiert und verhandelt werden“.

Wüst wies aber auch darauf hin, dass es für die Union immer wichtig sei, „dass in der Regierungsverantwortung die christdemokratische Handschrift deutlich wird“. Das gelte unabhängig davon, welche politische Farbe der Regierungspartner habe. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit den Liberalen gut zusammen regiert und viel für unser Land bewegt“, sagte Wüst. Und Union und SPD habe in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder der politischen Wille geeint, „große Herausforderungen im Sinne unserer Republik gemeinsam anzugehen, wie auch die großen Koalitionen im Bund oft gezeigt haben“. Es sei „völlig klar, dass FDP und SPD in vielen Punkten uns als Union näherstehen – daher ist auch eine Koalition mit ihnen immer eine mögliche Perspektive“.

Bei den Grünen stieß die harte Kritik Söders an ihrer Partei auf Unverständnis. „Diese Obsession ist nur noch so zu erklären, dass an den Kabinettsitzungen in Düsseldorf, Kiel und Stuttgart ein ganz anderes Niveau an Grundvertrauen und positiver Energie herrscht als beim Team Söder-Aiwanger“, schrieb Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz mit Blick auf die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg auf X.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) spottete über Söders frühere Avancen an seine Partei. Vor fünf Jahren hatte der bayerische Ministerpräsident nach einer Kabinettsitzung zum Thema Klimaschutz öffentlichkeitswirksam einen Baum nahe der Münchner Staatskanzlei umarmt. „Offenbar fühlt sich Markus Söder zurzeit angebediert“, schrieb Özdemir. „Ich sag mal: Ich kenne da einen Baum, der könnte Markus Söder viel über Anbiederung erzählen ...“

Markus Baiser, Robert Roßmann > Seite 4